

SPD Sozialdemokratischer pressediens

2/XXVIII/5

8. Januar 1973

Das Jahr der Auftragserfüllung

1973 bringt vor allem innenpolitische Aufgaben

Von Prof. Dr. Hans Georg Schachtschabel MdB

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Bestätigtes Bündnis

Zum Dreikönigs-Treffen der FDP

Seite 3 / 44 Zeilen

Mehr Konsum für 1973

Die SED rüstet für den Frieden - Der Militär-
Etat wächst schneller

Seite 4 und 5 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 60 37 - 36
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Das Jahr der Auftragerfüllung

1973 bringt vor allem innenpolitische Aufgaben

Von Prof. Dr. Hans Georg Schachtschabel MdB.

Viele werden es nicht so schnell vergessen: das Jahr 1972 ! Die einen werden es das Jahr der Olympiade nennen, die anderen das Jahr der letzten Mondfahrt, verschiedene vielleicht dasjenige der Aufregungen, das sonnigen Wetters oder sonstwie. Nennen wir es getrost das politische Jahr. Denn fast in jedem der zurückliegenden zwölf Monate mußten tiefgreifende und zukunftsbestimmende politische Entscheidungen getroffen werden. Höhepunkt war zweifellos die Bundestagswahl. Der Souverän in einer Demokratie war angesprochen. Er hat nicht gezögert, deutlich seinen Willen kundzutun, selbstverständlich, sicher, unangefochten von gelegentlichen Auswüchsen fremdfinanzierter Propaganda oder häßlichen Tiraden während der Wahlkampfzeit.

Ausschlaggebend war die politische Anteilnahme aller Bevölkerungskreise, in erster Linie der Arbeitnehmer, der Frauen, der Jugend. Das war lebendige Demokratie, politische Mitbestimmung, parteiliches Bekenntnis. Möge es auch in Zukunft so bleiben. Dann braucht niemand um die Demokratie in unserem Lande zu bangen.

Der Regierung Brandt/Scheel und ihrer sozialliberalen Koalition ist unaußverständlich ein politischer Auftrag erteilt worden. Wie die Regierungserklärung am 18. Januar 1973 verdeutlichen wird, geht es um "Kontinuität und Erneuerung", um Fortführung und Weiterentwicklung.

In der Außenpolitik liegt das Schwergewicht auf der weiteren Sicherung des Friedens durch konstruktive Zusammenarbeit mit West und Ost. Die Einigung Westeuropas ist ebenso erklärtes Ziel der Bundesregierung wie der Ausbau der Beziehungen zu osteuropäischen Staaten. Im weltweiten Entspannungsprozeß erhalten die angestrebte Truppenverminderung sowie langfristig die Verringerung der Rüstungslasten ausschlaggebende Bedeutung, abgestützt durch ein euro-

päisches Sicherheitssystem. In diesem Rahmen besitzen auch die im Grundvertrag für die beiden deutschen Staaten fundierten Beziehungen ihr besonderes Gewicht, speziell aber für die menschlichen Kontakte.

Innenpolitisch ist es selbstverständlich, daß die wirtschafts- und konjunkturpolitischen Aufgaben vorrangig zur Lösung entstehen. Ausgangspunkt für die Rückgewinnung der Stabilität ist das Fünfzennpunkte-Programm, wie es bereits im Oktober 1972 mit dem Rat der Europäischen Gemeinschaft vereinbart worden ist. Diese Stabilitätspolitik wird unterstützt werden durch eine nachhaltige Förderung des Wettbewerbs mit Hilfe der von den Koalitionsfraktionen vereinbarten Novellierung des Kartellgesetzes. Hier gilt es, unverzüglich zu handeln, und dies wird umgehend geschehen.

Die Regierung ist sich aber auch im klaren darüber, daß ihre stabilitätspolitischen Bemühungen nur dann Erfolg haben, wenn einerseits "die Tarifpartner neben der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen in diesen Monaten noch mehr als sonst ihre Mitverantwortung für das Ganze berücksichtigen" (Willy Brandt), andererseits sich aber auch die Unternehmer und Anbieter zu einer verantwortungsbewußten Preispolitik verpflichtet sehen. Dem Stabilitätsziel hat sich auch die Bundesregierung durch ein entsprechendes finanzpolitisches Verhalten verschrieben. Das wird der Bundeshaushalt 1973 und die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung klarlegen. Trotzdem können keine Wunder erwartet werden, zumindest aber für 1973 ein deutliches Einschwenken auf eine Normalisierung der Geldwertentwicklung.

Von gleichgewichtiger Bedeutung ist die Weiterführung der Reformbestrebungen auf den Gebieten des Bildungs- und Rechtswesens, der Raumordnung und des Städtebaus, ohne jetzt Einzelheiten erörtern zu können. Doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß vor allem auch der Umweltschutz, das Gesundheitswesen sowie die Bodenpolitik unausweichliche Arbeitsbereiche sind. Die größte Aufgabe wird aber die Steuerreform sein, ferner wird ein wirksames Konzept für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand entwickelt werden, wie ebenso der Bereich der Mitbestimmung keineswegs ausgeklammert ist.

Der Souverän hat die Entscheidung getroffen und den Auftrag erteilt. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen werden beweisen, daß sie sich dieser Verpflichtung und Verantwortung bewußt sind. 1973 wird ein Jahr politischer Auftrags Erfüllung sein.
(-/5.1.1973/ks/ex)

Bestätigtes Bündnis

Zum Dreikönigs-Treffen der FDP

Das entscheidende Faktum heutiger deutscher Politik ist das Bündnis der sozialliberalen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde bei der Bundestagswahl vom 19. November 1972 in eindrucksvoller Mehrheit von den Wählern bestätigt. Wohl zum erstenmal in der Geschichte verfügen die Kräfte links von der Mitte über eine solide Basis, sind die Rechtskonservativen zur Rolle einer, wenn auch zahlenmäßig noch starken Minderheit verurteilt. Diese Rechte ist in sich zerspalten und zerstritten, hat noch keinen Standort in einer sich rasch wandelnden Industriegesellschaft gefunden. Sie ist zum politisch gestaltenden Handeln unfähig, sie hat sich selbst schachmatt gesetzt. In dem Zustand, in dem sich die Unionsparteien derzeit befinden, können sie nicht auf Partnerschaft mit anderen demokratischen Parteien hoffen. Sie sind innen- und außenpolitisch isoliert und unterliegen einem Mauserungsprozeß, der lange anhalten wird. Sie müssen aus dem Provinzialismus heraus, in dem sie stecken und der ihre Kräfte lähmt.

Es ist bezeichnend, daß auf dem traditionellen Dreikönigs-Treffen der Freien Demokraten in Stuttgart sich keine einzige Stimme gegen die Fortsetzung des Bündnisses mit den Sozialdemokraten erhoben hat. Es fand sich auch keine, die für eine Koalition mit der CDU/CSU plädiert hätte. Den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten ist das Bündnis gut bekommen, und seine Verlängerung entspricht den inneren und äußeren Notwendigkeiten deutscher Politik. Nur die Regierung Brandt/Scheel war in der Lage, die politische Landschaft in Europa zu verändern, und im Inneren den Weg längst überfälliger Reformen zu beschreiten. Beide Partner verbindet bei aller Eigenständigkeit der Geist gegenseitiger Loyalität, eine Erfahrung, die die FDP in früheren Koalitionen mit der Union nicht machen konnte.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben noch lange eine gemeinsame Wegstrecke vor sich, und sie dürfte, wenn es der Wähler so will, über das Jahr 1976, dem Ende der VII. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hinausgehen. Zunächst gilt es, in diesen vier Jahren eine immense Arbeit zu leisten, Steckengebliebenes fortzuentwickeln und neue Anfänge, etwa auf dem Gebiet der Mitbestimmung, zu setzen. Beide Partner vereint der Wille voranzukommen, das Mögliche und Machbare zu tun, wobei der Blick auf den weiteren Ausbau unseres freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates das Dominierende bleibt. Da ist für Bremser-tätigkeit kein Raum. Es gedenkt sie auch keiner, wie Stuttgart zeigte, zu üben. Im fruchtbaren Bündnis der sozialliberalen Kräfte liegt die gesicherte Zukunft unseres Volkes. Es zu hüten und zu pflegen verlangt das tägliche Bemühen aller, die über größere Zeiträume hinaus zu denken vermögen.

(cx/8.1.1973/bgy/ex)

+ + +

Mehr Konsum für 1973

Die SED rüstet für den Frieden - Der Militär-Etat wächst schneller

Beherrschendes Kennzeichen des Volkswirtschaftsplans der DDR für 1973 ist die Beschleunigung des Wachstumstempos. Die Summe der erwirtschafteten Mittel, das produzierte Nationaleinkommen, soll 1973 um 5,7 vH. wachsen, also etwa 125 bis 126 Milliarden DM erreichen.

Für 1972 schreibt der Volkswirtschaftsplan eine Zunahme des produzierten Nationaleinkommens um 4,6 vH. vor. Dieser Plan wird übererfüllt, so daß der Anstieg voraussichtlich 4,8 vH. betragen wird. Da jedes Zehntel Prozent Zuwachs des Nationaleinkommens einen Wert von mehr als 100 Millionen DM bedeutet, wird verständlich, warum die Propagandisten und Agitatoren der SED seit langem von einem "größeren Schrittmaß" sprechen, das man für 1973 benötigt.

Zwar wirkt die Wachstumsrate, die für das nächste Jahr im Volkswirtschaftsplan genannt wird, etwas stattlicher, als sie wegen der 72er Planübererfüllung zu sein braucht, doch werden trotzdem große Anstrengungen erforderlich sein, um die gesteckten Ziele zu erreichen, wie Willi Stoph vor der Volkskammer erklärte. Er appellierte daher an den "Enthusiasmus" der Werktätigen.

Guter Wille allein genügt freilich nicht. Das weiß auch die SED-Führung, die ähnlich wie 1972 durch ein vergrößertes Konsumgüterangebot einen zusätzlichen Anreiz schaffen will, die Arbeitsleistung und damit das kaufkräftige Einkommen zu steigern. In einem bemerkenswerten Artikel von A. Ackermann, den das "Neue Deutschland" am 16. Dezember veröffentlichte, heißt es dazu: "Das Erlebnis, daß die Ergebnisse der Arbeit dem materiellen und kulturellen Lebensniveau der Werktätigen immer spürbarer zugute kommen, schafft einen immer fruchtbareren Boden für... eine Masseninitiative, die wahre Wunder bei der Fortführung des sozialistischen Aufbaus vollbringt".

Zu den Wundern des für 1973 geplanten sozialistischen Aufbaus gehört es auch, daß die Rüstungsausgaben trotz Entspannung

schneller wachsen sollen als 1972. Im Staatshaushaltsplan der DDR ist für 1973 ein Verteidigungsetat von 8,3 Milliarden DM offen ausgewiesen. Dies bedeutet, daß die Rüstungslast, die 1972 um 5,5 vH. gesteigert wurde, im kommenden Jahr um 9,2 vH. schwerer werden soll (gemessen an den offen ausgewiesenen Werten). Da es in der DDR einen Preisstopp gibt, entspricht die nominelle Zuwachsrate der Verteidigungskosten - anders als in der Bundesrepublik - auch der tatsächlichen Steigerung.

Von den Volkswirtschaftsplänen für 1971 und 1972 unterscheidet sich der 73er Plan vor allem durch die verlangte kräftige Ausweitung der Investitionstätigkeit. Auf diesem Gebiet wird die zweijährige Wachstumspause beendet. Im nächsten Jahr sollen die Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft der DDR um 3,1 Milliarden auf rund 37 Milliarden DM klettern.

Die sich daraus ergebende Zuwachsrate von 9,2 vH. liegt beträchtlich über dem in Aussicht gestellten prozentualen Konsumanstieg (plus 6,2 vH.). Die SED-Führung wendet sich also wieder von dem Planungskonzept ab, das in den ersten beiden Jahren des Fünfjahresplans (1971 und 1972) den Verbrauch stärker anwachsen ließ als die Investitionen.

Diese für die Verbraucher zunächst nicht sehr vorteilhafte Veränderung des Schnittmusters, das der Jahresplanung zugrunde liegt, wird im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1973 allerdings durch eine verheißungsvolle Aufzählung verschleiert. Im Binnenhandel der DDR soll das Angebot begehrter Konsumgüter unter anderem wie folgt zunehmen: Möbel um 26 vH., Porzellan plus 32 vH., Tapeten plus 48 vH., Waschmaschinen plus 28 vH., Erfrischungsgetränke plus 5 vH. und Personenkraftwagen plus 20 vH.

Wichtiger als diese Versprechungen ist jedoch die Absicht, die Investitionen in der Leichtindustrie überdurchschnittlich stark aufzustocken. Während der gesamten Industrie der DDR 1973 im Durchschnitt 13 vH. mehr Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden als im laufenden Jahr, soll die Leichtindustrie rund 63 vH., die Glas- und Keramikindustrie etwa 60 vH. und die Lebensmittelindustrie immerhin noch 37 vH. mehr als 1972 investieren.

Die neuen Produktionsanlagen werden im kommenden Jahr erst zu einem kleinen Teil zur Verbesserung der Versorgung beitragen können. Doch die Bevorzugung der Konsumgüterindustrie soll zu jenen Strukturveränderungen führen, die "dauerhafte Lösungen" der Versorgungsprobleme bringen, wie Stoph vor der Volkskammer sagte.

Hans-Dieter Schulz
(-/8.1.1973/ks/ex)